

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Verleger: E. G. Rothberg, Dr. med. in Frankfurt a. M.
Druck: E. G. Rothberg, Dr. med. in Frankfurt a. M.

Abonnementpreis: Das 24 Nummern umfassende Monatsheft 1.50 M., im
abstrahierten Teil 2.00 M., im abstrahierten Teil 4.00 M. Vierteljahrs-
abonnement 4.00 M., halbjährlich 7.50 M., jährlich 14.00 M., im
abstrahierten Teil 18.00 M., im abstrahierten Teil 36.00 M.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Mülha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa.
Herausgeber, Druck und Verlag: E. G. Rothberg (Inhaber Ernst Rothberg jun.) in Frankenberg. - Verantwortlich für die Redaktion: Karl Sieger in Frankenberg.

Nr. 255

Dienstag den 1. November 1921 nachmittags

80. Jahrgang

Gemeinde-Verbands-Sparkasse Niederwiesa
Zweigstelle Brannsdorf
geöffnet jeden Mittwoch nachmittags von 3-5 Uhr

Lieferschein zur Einreichung der Kapital-Ertragssteuer
an die Finanzämter sind (das Stück zu 30 Pfg.) vorrätig
in der Buchdruckerei E. G. Rothberg, Markt 8.

Die Zerstörungswut der Gegner

General Kollert bei der Arbeit.

Berlin, 31. Die Deutschen Werke, die aus den früheren deutschen Heereswerkstätten hervorgegangen sind, stehen vor der Gefahr, auf Grund neuer Forderungen der Interalliierten Kontrollkommission dem völligen Ruin entgegenzugehen. Bekanntlich wurden diese Werkstätten, die bis zu 300 000 Personen beschäftigen, nach der Revolution auf Beschluß der Nationalversammlung in Fabrikbetriebe umgewandelt, die Artikel für den Friedensgebrauch verfertigten, und wurden auf rein kaufmännische Basis gestellt. Die Ueberwachung der Interalliierten Kommission hat zu immer neuen Einschränkungen und Zerstörungen einzelner Teile geführt. Die neuesten Forderungen der Kommission, an deren Spitze General Kollert steht, lassen, obwohl alle bisherigen Vorschriften mit vollkommener Loyalität durchgeführt wurden, ganz klar erkennen, daß es sich bei der Entente nur noch um die reine Zerstörungswut handelt.

So sind zum Beispiel für das Werk Wörlitz in der Nähe der Stadt Hanau vor einiger Zeit 50 Tonnen Schießpulver und 150 Tonnen amerikanisches Pulver freigegeben worden, die zur Fabrikation von Schmitzgelapier und Kunstleder verwendet werden sollten, nachdem diese Sprengstoffe für Schießwaffen unbrauchbar gemacht worden waren. Die Kontrollkommission hat jetzt diese Erlaubnis zurückgezogen und die Vernichtung der Sprengstoffe gefordert. Außerdem verlangt sie, daß das Werk selbst zerstört, die Gebäude bis auf den Erdboden vernichtet, alle Leitungen für Elektrizität und Dampf herausgerissen und sogar die unterirdische Kanalisation zerstört werden soll. Dann muß das Werk naturgemäß vollständig geschlossen werden.

Ähnlich liegt es beim Werk Erfurt, wo Schreibmaschinen und Jagdmaschinen hergestellt wurden. Jetzt kommt plötzlich die Forderung, daß die Fabrikation aller Sport- und Jagdmaschinen mit dem 31. März zu beenden sei. Das bedeutet naturgemäß, da eine Umstellung auf andere Fabrikationsweise in so kurzer Zeit nicht erfolgen kann, ebenfalls die Stilllegung, aus der dann nach dem Friedensvertrag die völlige Zerstörung des Werkes folgt.

Auch den Werken von Spandau droht die gleiche Gefahr. Auch dort wurde die Herstellung von Jagd- und Sportwaffen neuerdings verboten und die Ausstellung neuer Apparate untersagt. Die Leitung des Werkes hat die Erfüllung dieser ungeheuerlichen Forderung abgelehnt und die Interalliierte Kommission an die Reichsregierung verwiesen. Es handelt sich bei diesem Vorhaben nicht mehr um direkte Forderungen aus dem Friedensvertrag, sondern ausschließlich um den Konkreten Zwang der ausländischen Waffenfabrikation. Man hat beobachtet, daß die Vorschriften der Kommission immer schärfer wurden, je geringer der Einfluß der englischen und französischen Mitglieder in dieser Kommission wurde. Es besteht die Gefahr, daß derartige Forderungen auch gegen private Unternehmen gerichtet werden. Die Regierung wird dafür sorgen, daß derartige ungerichtete Ansprüche entschieden zurückgewiesen werden.

Die Antwort der Botschafterkonferenz

Die Pariser Botschafterkonferenz hat auf die deutsche Notverweigerung geantwortet, die sich mit einer seitlichen Beschränkung über die Lieferungen hinwegsetzt. Sie bekräftigt, daß ihre Entscheidung über Überschreiten einer Beschränkung des Vertrags von Versailles ist, aber sie verzagt mit keinem Worte über Begründung dieser Beschränkung irgendwie zu sagen. Die deutsche Notverweigerung wird von der Botschafterkonferenz als unangebracht, null und nichtig betrachtet. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Notverweigerung in vollen Umfang und in voller Schärfe bestehen bleibt. Sie kann nicht durch irgendwelche Konferenzen außer Kraft gesetzt werden. Die Rolle der Botschafterkonferenz verliert, dann nach einer Verstärkung des Rechtsbehobens, indem sie eine bedingungslose und vorbehaltlose Erklärung der deutschen Regierung in unsere Protestnote hinein interpretiert. Diese Erklärung will die Entente zurückbehaltend. Man kann nichts zurückbehaltend, was einem nicht gegeben ist, und die falsche Auffassung der Botschafterkonferenz hat naturgemäß noch weniger Rechtswirkung, als die inhaltleere Bestätigung seitens der Entente. Wertvoll ist aber, daß die Entente nicht in der Entscheidung des deutschen Delegierten eine Annahmeerklärung für ihre Entscheidung sieht. Selbstverständlich muß der deutsche Reichskanzler noch einmal, vor aller Welt feierlich feststellen, daß unsere Rechtsverweigerung bestehen bleibt, und daß sie durch feierliche Deklaration der Gegenseite irgendwie nicht beseitigt werden kann.

Die schwarze Schmach

Trotz aller Proteste nehmen die schwarzen Besitzungen der deutschen Bevölkerung im besetzten Gebiet durch Marokkaner und Araber nicht ab. Aus kleinen im Reichstag eingebrachten Anfragen ist zu ersehen, daß drei marokkanische Soldaten in der Nähe des Hauptbahnhofes Wiesbaden am Abend verschiedene Frauen zu überfallen suchten und die Opfer nur durch das Dazwischentreten deutscher Beamten gerettet wurden, nachdem eine von ihnen bereits zu Boden

geschlagen war. In der Nähe von Langenschwalbach wurde eine Hebamme unzüchtig belästigt. Auf der Kreisstraße Darnbach-Griesheim wurde ein junger Postbeamter so schwer mißhandelt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Vor einiger Zeit hatte die Reichsregierung die Aufstellung einer Liste der Vergehen und Verbrechen alliierter Staatsangehöriger gegen Deutsche zu veröffentlichen versprochen. Bei den sich immer mehr häufenden Vorfällen wird in einer kleinen Anfrage die Vorlage dieser Liste an den Reichstag in allerhöchster Zeit verlangt. Mit den Leiden der Bevölkerung im besetzten Gebiet steht auch eine Anfrage, was die Reichsregierung und die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes getan hat, damit auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz die Entsendung der Besatzungstruppen aus dem Saargebiet ihre wesentliche Herabminderung in Rheinland und in der Pfalz sowie die völlige Zurückziehung aller farbigen Truppen in geeigneter Weise zur Sprache kommt.

Die Ueberfremdung der Saarindustrie

Saarbrücken, 28. 10. Die „Saarbrücker Zeitung“ schreibt in einer Artikelserie über die Durchdringung der Saarindustrie mit ausländischem Kapital von der Halberger Hütte bei Brebach (Saarbrücken):

Bis zum 1. Januar 1920 figurerte sie unter dem Namen „Rudolf Böding & Co., Erdbe, Stumm-Halberg und Rudolf Böding, Halberger Hütte, G. m. b. H.“ Das Gesellschaftskapital betrug im Besitz der Familie Stumm. Bereits seit dem 1. Januar 1920 ist in der Halberger Hütte französisches Kapital tätig. Es wurde deshalb eine neue G. m. b. H. gegründet unter der Firma „Halberger Hütte G. m. b. H.“ Die Kapitalbeteiligung ist folgende: 60 Prozent des Gesellschaftskapitals gebührt den französischen Hüttenwerk „Hauts Fourneaux et Fonderies de Pont-a-Mousson“. Die restlichen 40 Prozent verbleiben den Besitzern. Durch den Krieg verlor das Werk die Grube „Molite“ in Lothringen. So der Ertragsbasis beraubt und im Kohlenbergbau zu einem Teil von den französischen Saargruben abhängig, war das Werk auf französische Hilfe angewiesen. Nun steht sogar die Leitung der Brebacher Werke unter dem Generaldirektor Maurice Boitel. Er hat seinen Wohnsitz in Brebach.

Ueberschrei der Deutschen in Tschechien

Gegen den tschechischen Militarismus

Prag, 29. 10. Der Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschnationalen Partei hat einen Aufruf erlassen, in welchem es heißt:

Wir haben im Parlament deutlich erklärt, daß wir die Beweggründe der Regierung für die Mobilisierung für Scheingründe halten. Wir sind weder gebort worden, noch in andere, unsere Volksgenossen vor dem Zwang, in das tschechoslowakische Meer eingezogen zu werden, zu schützen. Möge aber die europäische Öffentlichkeit wissen, daß wir nicht als Freie, sondern als Anwälte in den Krieg ziehen, an deren Händen Slavenketten ruhen.

Standrecht in der Tschechoslowakei

Prag, 29. 10. Durch eine Rundmachung des Ministeriums für die nationale Verteidigung wird für den Bereich der Tschechoslowakei und Karpatenland das Standrecht gegen alle Personen verhängt, die der Militärstrafgerichtsbarkeit unterliegen wegen Verbrechen der Gehorsamsverweigerung, des Aufruhrs, der Meuterei und Fahnenflucht, unbefugter Anwerbung, Beführung oder Behilfe zur Beführung der militärischen Dienstpflicht, der Spionage und der Uebersiedlung. Diese Verbrechen werden mit dem Tode durch Erschießen oder durch den Strang bestraft. Wegen Verbrechen der unbefugten Anwerbung, der Beführung zur Beführung der Militärstrafgerichtsbarkeit und der Spionage unterliegen dem Standrecht auch die Personen, welche sonst der bürgerlichen Strafordnung unterstehen.

Da das lastige Abenteurer zu Ende ist, soll das Standrecht offenbar dazu dienen, um gegen das Deutschland vorzugehen, obwohl es sich hinreichend lieh, Stellung für Karl von Habsburg zu nehmen.

Das russische Hungerelend und die Russen in Deutschland

Der „Demokratische Zeitungsdiener“ schreibt: Als die ersten Nachrichten über die furchtbare Hungertatrophe in Rußland nach Deutschland kamen, da ging ein Schrei des Mitleids durch unser ganzes Volk und überall, an allen Orten und Stellen, wurde spontan für die Hungernden in Rußland gesammelt. So ist auch schon eine häßliche Summe Geldes, von deutschen Bürgern und Arbeitern gespendet, zusammengekommen, um die entsetzliche Not in den Hungergebieten zu mildern. Als trauriger Gegenstand erweist es, wenn die vielen jetzt in Deutschland lebenden russischen „Flüchtlinge“, die angeblich von der Wiltür der Sowjetregierung aus ihrer Heimat vertrieben wurden, fast gar nichts für ihre unglücklichen Landsleute tun. Diese Leute, die in allen luxuriösen Vergnügungslokalen der Großstädte zu finden sind, Ansuchen für Wein und Sekt ausgeben und überhaupt einen empörenden Luxus entstellen, können für die Kernten der Armen nicht einen Pfennig ihres meistens recht unübersehenden Ueberflusses zu erbringen. Wir haben uns hier ein landsfremdes Gesicht großgezogen, das von der Welt unseres arbeitenden Volkes leidet, das uns die Wohnungen raubt, die Hotels und Fremdenpensionen leert, durch Ueberbieten der Preise die schon bestehende Lebensmittel immer mehr hinauftrieb, denfalls noch eine recht verdächtige monarchistische Propaganda entfaltet und — mitleidlos die Katastrophe über ihre Dulmer herbeiziehen läßt. Es wäre Zeit, daß die maßgebende Behörde auf das Treiben dieser Elemente ihr Augenmerk richtet und nötigenfalls dem schreienden Hungerelend einen Stempel setzt.

Politische Nachrichten

Getreide als Feuerungsmaterial. Nach einer Mitteilung der amerikanischen Handelskammer in Fort Cobb haben die dortigen Farmer den Beschluß gefaßt, ihre gesamte diesjährige Ernte an Getreide als Feuerungsmaterial zu verwenden. Der Grund zu diesem Vorgehen ist darin zu suchen, daß diese Farmer für eine Tonne Korn 725 Dollar bezahlen bekommen, während sie für eine Tonne Rohle 125 Dollar zahlen müssen, was einen Mehrkostenpreis für Rohle von etwa 70 Prozent bedeutet. (Wenn dieses Vorgehen sich bewahrheitet, können wir vor einem Weltkohlendollar sprechen. Bei uns hungert man und drüben benötigt man Koggen und Weizen zur Feuerung.)

Die Landtagswahlen in Baden am Sonntag erhielten ihre Prägung dadurch, daß zum ersten Male die wirtschaftlichen Berufsgruppen in den Wahlkampf eingriffen. Der Landtag hat den härtesten Erfolg erzielt, hauptsächlich auf Kosten der Reichspartei, daneben hat er namentlich im badischen Oberland auch dem Zentrum und den Demokraten zahlreiche Stimmen abgenommen. Die bisherige Regierungscoalition, die aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten bestand, ist gescheitert. Sie verfügt sogar über eine Zweidrittelmehrheit. Im ganzen erhielten die Parteien folgende Mandate: Sozialdemokraten 20 (bisher 36), Zentrum 34 (39), Deutschnationale 7 (7), Deutsche Volkspartei 5 (-), Landbund 7 (-), Wirtschaftliche Vereinigung 1 (-), Demokraten 7 (25), Kommunisten 3 (-), Unabhängige 2 (-). Die Beteiligung an den Wahlen war gut. In Karlsruhe wählten 86 Prozent. Zu Ausschreitungen ist es nirgends gekommen. Bemerkenswert ist, daß bei dem Wahlkampf in den großen Monstreveranstaltungen nicht badische Landstragen, sondern von Rednern aus dem Reich hauptsächlich außerpolitische Fragen behandelt wurden, so von Rathenau, Stresemann und Reichskanzler Dr. Wirth.

Die neuen Steuern vor dem Reichstag. Die von dem Reichswirtschaftsrat bereits verhandelten Steuerentwürfe sind nunmehr dem Reichstag zugewandten. Es handelt sich um die Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, die Abgabe von Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit, um die Veränderung der Umsatzsteuer, um die Kapitalverehrsteuer, Versicherungssteuer, Kraftfahrsteuer und um ein Kennwert- und Vorkaufgebot. Der Reichswirtschaftsrat hat bekanntlich in einer Reihe dieser Geleise wesentliche Änderungen vorgenommen. Einzelne der Änderungen sind von der Reichsregierung berücksichtigt worden. In Fällen, in denen die Regierung dem Reichswirtschaftsrat nicht zustimmt, hat sie in ihren Vorlagen auf die Änderungen des Reichswirtschaftsrates hingewiesen. In allen Fällen sind die Gutachten des Reichswirtschaftsrates beigefügt worden. Der Reichstag wird noch in dieser Woche sich mit den Gebietswahlen beschäftigen.

Das sichere Geleit für die nächtlichen Rapp-Buschführer aufgehoben. Wie die „Sächs. Korresp.“ an zuständiger Stelle erzählt, hat das Reichsgericht mit Rücksicht darauf, daß die vier Angeklagten des Rapp-Prozesses Erhardt, Bahl, Bauer und Dr. Schtayer den Bedingungen der reichsgerichtlichen Entscheidung, sich umgehört zu lassen, nicht nachgekommen sind, das bewilligte sichere Geleit aufgehoben. Das Gericht, das Dr. Schiele gegen Stellung einer Sicherheit von 100 000 Mark durch Senatsbeschluss aus der Untersuchungshaft entlassen sei bezw. entlassen werde, beschließt es.

Der deutsch-amerikanische Friede. Wie „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, wird der Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages im Laufe der nächsten Woche stattfinden. Der amerikanische Oberkommissar in Berlin, Drekel, wird die amerikanischen Urkunden übergeben und das deutsche Dokument übernehmen. Die offizielle Proklamierung des Friedens wird daraufhin sofort erfolgen und im Anschluß daran die Ernennung der amerikanischen Kommissare für Deutschland, deren Liste bereits aufgestellt sein soll. Die Kommissare werden ihre Tätigkeit vermutlich, noch ehe der amerikanische Botschafter in Berlin ernannt sein wird, beginnen.

Der Reichsetatsantrag. Nach den bisherigen Dispositionen wird sich der Reichstag am 5. November mit den Steuerentwürfen der Regierung, vom 14. bis 20. November aber mit kleineren Gesetzesvorlagen und mit einem neuen Reichsetatsantrag beschäftigen. In einer Nachtragsforderung verlangt die Regierung einen neuen Kredit von vier Milliarden Mark für die durch die Erhöhung der Beamtengehälter und Feuerungszulagen notwendigen Deckungsbeiträge.

Betrachtungen zum Weltkrieg. Bei Keimar Hobbins III. nimmere der 2. Band der „Betrachtungen zum Weltkrieg“ des verstorbenen Reichsanwalt von Bethmann-Hollweg erschienen. Als Herausgeber zeichnet Felix von Bethmann-Hollweg, der in einem kurzen Vorwort auf die Stoffgebiete hinweist, die unvollendet bleiben mußten, weil der Tod dem ehemaligen Reichskanzler die Feder aus der Hand nahm.

Verhaftungen im Falle Kuer. Im Laufe des Sonntags wurden in München fünf Personen im Zusammenhang mit dem nächtlichen Anschlag auf den Abg. Kuer festgenommen.

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 1. November 1921.

† Die 1. große Sächsischen Junggefellgesellschaft, die vom 29.-31. Oktober dank dem Entgegenkommen der Garnisonverwaltung in der Exerzierhalle der ehemaligen Unteroffizierskule stattfand, brachte in ihrem ganzen Verlauf dem talentreichen Frankenbergeser Geselligkeitsverein ein volles Gelingen seines rühmlichen Strebens. Der Name unserer Stadt wurde durch sie wieder einmal in alle Gauen unseres engeren Vaterlandes getragen. Nicht nur, daß aus allen Richtungen der Windrose Geflügel aller Art nach hier gelangt wurde, auch der Zutritt der auswärtigen Jüchter war an beiden Tagen so stark, daß am Bahnhof mitunter ein Massenandrang herrschte. Die Ausstellung, die mit weit über 2000 Nummern alles auf diesem Gebiete in Frankenberg bisher dagewesene in den Schatten stellt, bestrahlte Kenner und Laien rieflos. Man sah durchgehend erste Jüchterarbeit, die den Preisrichtern das Bestimmen nicht leicht machte. Wahre Prachtexemplare von Hühnern, Tauben, Enten und Gänsen ließen sich, zum Teil in hoher Maße, zum Teil in aufgeregtem Hin- und Herlaufen bewundern.